



20. Sitzung am Donnerstag, 02.02.2023, 20:02 Uhr bis 22:33 Uhr im großen Saal, Werner-Borchers-Halle, Otto-Glenz-Straße 1, 64711 Erbach

Tagesordnung

1. Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
2. Bericht des Magistrats
3. Berichte aus den Ausschüssen
4. Berichte aus den Verbänden
5. Aussprache zu den Berichten
6. Genehmigung des Protokolls der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach vom 10.11.2022
7. Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach vom 15.12.2022
8. Einbringung Haushalt 2023
9. Bauleitplanung der Kreisstadt Erbach, Kernstadt
Bebauungsplan „Mossauer Straße“ (VL-4/2023
1. Ergänzung)
(= Änderung Bebauungsplan Nr. 8a - Gebiet zwischen „Alter Rossbacherweg, Hochstraße, Schöllenbergweg, Alter Elsbacherweg, Mossauer Straße“)
(Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB)

hier: - Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB
- ergänzende Hinweise
- Verzicht auf eine Umweltprüfung gemäß § 13a Abs. 3 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB und Inkrafttreten
10. Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes in Erbach (VL-171/2022
1. Ergänzung)
11. Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Erbach (VL-8/2023)
12. SPD - Fraktionsantrag: Vereinshaus Erbach (FA-11/2022)
- 12.1 Nutzung des Erbacher Vereinshauses durch die Stadtverwaltung (VL-3/2023
1. Ergänzung)
13. Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (FA-11/2021
1. Ergänzung)
Installation von Bewegungsmeldern im Parkdeck am Lustgarten
14. Fraktionsantrag BÜNDNIS 90 / GRÜNE (FA-10/2022)
PV-Anlage auf Parkplatz; Neue Lustgartenstraße
15. Anfragen und Mitteilungen

Anwesenheiten

Anwesend:

Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach

Stadtverordnetenvorsteher: Marques Duarte, António
stellv. Petersik, Erich
Stadtverordnetenvorsteher: Schwinn, Gernot
stellv. Weyrauch, Christa
Stadtverordnetenvorsteher: Abraham, Pamela Melanie
stellv. Bucher, Marcel
Dingeldey, Hermann
Gänssle, Michael
Gebhardt, Gudrun
Heckmann, Alexander
Müller, Jürgen
Myska, Lucie
Olt, Andreas
Pfau, Bernd
Pilger, Horst
Rebscher, Heinz
Rohr, Jonathan
Rothermel, Bert Jakob
Trumpfheller, Klaus-Peter
Wagner, Andreas
Wagner, Ella
Weyrauch, André
Weyrauch, Dominik

Magistrat

Erster Stadtrat: Dr. Traub, Peter
Gieß, Erwin
Barnack, Ursula
Braun, Andreas
Eckert, Stefan
Kelbert-Gerbig, Nicole
Volk, Jürgen
Dr. Weber, Alwin

Schriftführung

Weyrich, Dennis

Verwaltung

Horn, Ulrich
Marquardt, Ute
Maurer, Jens
Thern, Sebastian

Gäste

Nicht anwesend/Entschuldigt:

Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach

Röck, Bernhard
Herrmann, Klaus
Hofmann, Tobias
Holetz, Stefan
Krings, Karl
Scheuermann, Volker
Stracke, Carl-Friedrich
Walther, Herbert

Magistrat

Schöpp, Andreas

Sitzungsverlauf

Stadtverordnetenvorsteher António Marques Duarte eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach fest.

Vor Feststellung der Tagesordnung fragt Stadtverordnetenvorsteher Duarte Änderungswünsche diesbezüglich ab.

Fraktionsvorsitzender Schwinn (SPD) beantragt, Tagesordnungspunkt 12 – Nutzung des Erbacher Vereinshauses durch die Stadtverwaltung VL-3/2023 1. Ergänzung und Tagesordnungspunkt 13 SPD-Fraktionsantrag: Vereinshaus Erbach FA-11/2022 in seiner Beratungsreihenfolge zu tauschen und gemeinsam zu behandeln. Hier gibt es keine Gegenstimmen aus den Reihen der Stadtverordnetenversammlung.

Bürgermeister Dr. Traub stimmt dem ebenfalls zu.

Weiter beantragt Bürgermeister Dr. Traub, dass bei ablehnendem Votum zum SPD-Fraktionsantrag die Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung gegeben wird. Hier gibt es ebenfalls keine Gegenstimmen aus den Reihen der Stadtverordnetenversammlung.

1.	Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
-----------	---

Stadtverordnetenvorsteher Duarte (SPD) wünscht sich eine gute Zusammenarbeit für das Jahr 2023.

Er weist darauf hin, dass es wünschenswert ist, weiterhin diejenigen Magistratsmitglieder, die dies wünschen, mit schriftlichen Einladungen und Beratungsunterlagen auszustatten.

Am 09. März 2023 findet ab 20 Uhr die nächste Bürgerversammlung im großen Saal der Werner-Borchers-Halle statt.

Themen sind u.a. KOMPASS und die Südstadtentwicklung. Zu KOMPASS sollen die verantwortlichen Personen der Polizeibehörde eingeladen werden. Fragen zu Brennpunkten in Erbach, die Sicherheit von Erbach sowie etwaige Maßnahmen sollen in einem Kurzbericht erläutert werden.

Am 25. April 2023 findet ab 19:30 Uhr die Sitzung der kommunalen Arbeitsgruppe Erbach-Michelstadt in der Werner-Borchers-Halle statt.

Abschließend bittet Herr Duarte darum, dass zukünftig der Stadtverordnetenvorsteher und der Bürgermeister gemeinsam zum Neujahrsempfang einladen.

2.	Bericht des Magistrats
-----------	-------------------------------

Seit der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 15. Dezember 2022 hat sich der Magistrat in 7 Magistratssitzungen beraten.

In 6 Magistratssitzungen war schwerpunktmäßig die Diskussion und Feststellung des Haushaltsentwurfs 2023 Thema.

Weiter wurden folgende Routinethemen beraten:

- Bauanträge
- Stundungsanträge
- Personalangelegenheiten
- Themen wie u.a. freiwilliger Polizeidienst oder das Erbacher Vereinshaus in Vorbereitung zur heutigen Stadtverordnetenversammlung
- Jahresabschluss 2014

3.	Berichte aus den Ausschüssen
-----------	-------------------------------------

Stadtverordneter Duarte (SPD) bittet um Bericht aus den Ausschüssen, sofern die Themen nicht auf der Tagesordnung stehen.

Herr Duarte informiert die Anwesenden darüber, dass die nächste Ausschusssitzung für Städtepartnerschaften am 15. Februar 2023 im Sitzungssaal des Alten Rathauses stattfindet.

Die darauffolgende Ausschusssitzung findet am 20. März 2023 statt.
Der Termin musste vom 27. März 2023 auf den 20. März 2023 vorverlegt werden.

4.	Berichte aus den Verbänden
-----------	-----------------------------------

Es liegen keine Berichte aus den Verbänden vor.

5.	Aussprache zu den Berichten
-----------	------------------------------------

Stadtverordneter Rothermel (B90 / Grüne) fragt, weshalb man dem Magistratsmitglied, welches auf Beratungsunterlagen in Papierform besteht, diese nicht zukommen lässt.
Bürgermeister Dr. Traub informiert zum papierlosen Sitzungsdienst im Magistrat und bezieht sich auf den Beschluss zur Geschäftsordnung des Magistrats der Kreisstadt Erbach.
Fraktionsvorsitzende Weyrauch (B90 / Grüne) weist auf den Gleichheitsgrundsatz hin.
Eine Aussprache im Präsidium soll folgen.
Fraktionsvorsitzender Gänssle (ÜWG) weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung durch ein Kollegialorgan beschlossen wurde und damit umzusetzen ist. Die Digitalisierung soll vorangetrieben werden. Lösungen werden angeboten.
Stadtverordneter Pilger (SPD) erläutert die Beweggründe weshalb er als Stadtverordneter vom papierlosen Sitzungsdienst zurückgetreten ist.

Stadtverordnetenvorsteher Duarte (SPD) weist abschließend darauf hin, dass sofern Schulungsbedarf bestehen sollte, man sich bitte im Büro des Stadtverordnetenvorstehers meldet.

6.	Genehmigung des Protokolls der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach vom 10.11.2022
-----------	--

Beschluss:
Das Protokoll der 19.Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach vom 15.12.2022 wird beschlossen.

Abstimmung:
22 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

7.	Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach vom 15.12.2022
-----------	--

Beschluss:
Das Protokoll der 19.Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach vom 15.12.2022 wird beschlossen.

Abstimmung:
23 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

8.	Einbringung Haushalt 2023
-----------	----------------------------------

Die Haushaltsrede von Bürgermeister Dr. Traub ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

9.	Bauleitplanung der Kreisstadt Erbach, Kernstadt Bebauungsplan „Mossauer Straße“ (= Änderung Bebauungsplan Nr. 8a - Gebiet zwischen „Alter Rossbacherweg, Hochstraße, Schöllenbergweg, Alter Elsbacherweg, Mossauer Straße“) (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB) hier: - Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB - ergänzende Hinweise - Verzicht auf eine Umweltprüfung gemäß § 13a Abs. 3 BauGB - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB und Inkrafttreten	VL-4/2023 1. Ergänzung
-----------	---	-----------------------------------

Ausschussvorsitzender Trumppheller berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Verkehr 25.01.2023. Hier gab es eine einstimmige Beschlussempfehlung.

Fraktionsvorsitzende Weyrauch (B90 / Grüne) weist auf den Einwand der Wasserschutzbehörde hin und erläutert die ablehnenden Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Beschluss:

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach beschließt, nach Abwägung der vorliegenden Stellungnahmen, die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen (Anlage 1, Seite 1 – 12) als Stellungnahme der Kreisstadt Erbach (Abwägung gem. § 1 (7) BauGB).
- (2) Im Ergebnis dessen werden eine „mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen“ bezüglich einer bestehenden Trinkwasserleitung im Nordwesten des Plangebietes sowie Hinweise zum Verbot des Versickerns des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, zum Ausschluss von Ansprüchen von Schutzmaßnahmen gegen den Straßenbaulastträger und zum Nachsorgenden Bodenschutz ergänzt.
Die Festsetzung(en) des Bebauungsplanes (Änderung) bleiben davon unberührt und unverändert.
- (3) Als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB erfolgte die Verfahrensdurchführung im vereinfachten Verfahren nach § 13 (2) und (3) BauGB; gemäß § 13a Abs. 3 BauGB wurde eine Umweltprüfung nicht durchgeführt.
- (4) Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Erbach beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan „Mossauer Straße“ (= Änderung Bebauungsplan Nr. 8a - Gebiet zwischen „Alter Rossbacherweg, Hochstraße, Schöllenbergweg, Alter Elsbacherweg, Mossauer Straße“) in der Kernstadt Erbach als Satzung und die Begründung hierzu.
- (5) Der vorliegende Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan (Änderung) in Kraft.
- (6) Der Flächennutzungsplan der Kreisstadt Erbach wird gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Abstimmung:

19 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

10.	Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes in Erbach	VL-171/2022 1. Ergänzung
------------	--	-------------------------------------

Ausschussvorsitzender Gänssle (ÜWG) berichtet aus der Beratung im Haupt – und Finanzausschuss vom 30.01.2023. Hier gab es eine mehrheitliche Beschlussempfehlung.

Ausschussvorsitzender Pilger (SPD) berichtet aus der Beratung im Ausschuss für Soziales, Familien und Sport. Hier wurde der Beschlussvorschlag mehrheitlich abgelehnt.

Stadtverordneter Müller (B 90/ Grüne) erläutert seine ablehnende Stimme im Haupt – und Finanzausschuss sowie die ablehnenden Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Stadtverordneter Rothermel (B90 / Grüne) erläutert seine ablehnende Stimme im Ausschuss für Soziales, Familien und Sport.

Fraktionsvorsitzender Schwinn (SPD) erklärt, weshalb die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird.

Bürgermeister Dr. Traub erläutert die Motivation der Stadtverwaltung. Interkommunale Zusammenarbeit wird vorangetrieben, die Kosten beschränken sich auf ein Minimum und das Gefühl an Sicherheit und Ordnung wird gestärkt. Weiter erfährt man eine enorme Unterstützung durch die Polizeibehörden.

Eine interkommunale Zusammenarbeit wäre zum Beispiel mit der Stadt Michelstadt und der Stadt Bad König denkbar.

Stadtverordneter A. Weyrauch (CDU) erklärt den Gewinn an Sicherheit aus seiner Sicht und weshalb man die öffentliche Sicherheit als Grundbedürfnis sehen muss. Weiter informiert er, dass der Odenwaldkreis zu den sichersten Landkreisen des Landes gehört und dies auch so bleiben soll. Der freiwillige Polizeidienst wird sich im wesentlichen auf Streifengänge beziehen.

Stadtverordneter Pilger (SPD) weist auf den Bericht der Gewerkschaft der Polizei hin. Diese sehen den freiwilligen Polizeidienst kritisch.

Bürgermeister Dr. Traub informiert, dass die Städte Lampertheim und Bensheim ein sehr positives Fazit ziehen.

Der freiwillige Polizeidienst ist präsent und dient auch als Ansprechpartner.

Fraktionsvorsitzender Wagner (Fraktion für Stadtentwicklung) erklärt die befürwortenden Stimmen seiner Fraktion.

Stadtverordneter D. Weyrauch (CDU) weist auf die Aufstockung der Polizeibeamten auf Landes – und Kreisebene bis 2025 hin.

Stadtverordnetenvorsteher Duarte (SPD) tritt den Vorsitz an die Fraktionsvorsitzende Weyrauch (B90 / Grüne) ab. Frau Weyrauch erteilt Herrn Duarte zur Stellungnahme das Wort. Herr Duarte sieht den Zugewinn für das Sicherheitsempfindens als zu gering an. Weiter fehlt ihm der Finanzierungsvorschlag in der Beschlussvorlage.

Abschließend übergibt Frau Weyrauch den Vorsitz an Herrn Duarte zurück.

Beschluss:

Es wird beschlossen, den freiwilligen Polizeidienst in Erbach einzuführen und einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Land Hessen abzuschließen.

Darüber hinaus soll eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Gemeinden Bad König und Michelstadt, in denen der Freiwillige Polizeidienst ebenfalls umgesetzt werden soll, angestrebt werden.

Abstimmung:

9 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

11.	Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Erbach	VL-8/2023
------------	---	------------------

Stadtverordnetenvorsteher Duarte erläutert die Hintergründe zur Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Erbach.

Ausschussvorsitzender Gänssle berichtet aus der einstimmigen Beschlussempfehlung im Haupt – und Finanzausschuss am 30.01.2023.

Beschluss:

Der Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Erbach wird zugestimmt.

Abstimmung:

23 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

12.	SPD - Fraktionsantrag: Vereinshaus Erbach	FA-11/2022
------------	--	-------------------

Fraktionsvorsitzender Schwinn (SPD) stellt den Fraktionsantrag vor.
Er verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 1992.

Ausschussvorsitzender Gänssle (ÜWG) berichtet über die mehrheitliche Ablehnung des SPD-Fraktionsantrags im Haupt – und Finanzausschuss.

Ausschussvorsitzender Pilger (SPD) berichtet aus der Beratung im Ausschuss für Soziales, Familien und Sport. Hier wurde der Beschluss ebenfalls bei 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen abgelehnt.

Stadtverordnete Myska (ÜWG) weist darauf hin, dass die Räumlichkeiten des Dorfgemeinschaftshauses in Lauerbach unter den Vereinen zeitlich organisiert und aufgeteilt werden.

Bürgermeister Dr. Traub erläutert den Bedarf der Stadtverwaltung an Büroräumen.
Das Standesamt der Städte Erbach und Michelstadt soll im Vereinshaus seine Büroräume beziehen.
Ein Treffen mit den betroffenen Vereinen hat bereits stattgefunden.
Der CV-ULK Erbach begrüßt den alternativen Standort im Dorfgemeinschaftshaus Lauerbach.
Es wird kein weiterer Verein aus dem Vereinshaus weichen müssen.

Auf Nachfragen der Fraktionsvorsitzenden Weyrauch (B90 / Grüne) informiert Bürgermeister Dr. Traub, dass man das Alte Rathaus am Marktplatz nicht nutzen kann, da das Standesamt barrierefrei erreichbar sein muss.
Die Abteilung Stadtleben soll im Alten Rathaus die ehemaligen Büroräume der OREG im 1.OG beziehen.

Fraktionsvorsitzender Gänssle (ÜWG) weist darauf hin, dass nicht auszuschließen ist, dass das Vereinshaus nach geraumer Zeit seinem bisherigen Nutzen zurückgeführt wird.

Stadtverordnetenvorsteher Duarte (SPD) übergibt an die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Weyrauch (B90 / Grüne) seinen Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung
Stadtverordnetenvorsteher Duarte erläutert seine ablehnende Haltung gegenüber dem Antrag des Bürgermeisters. Er moniert u.a., dass ihm die Visionen der Stadt fehlen, wie man zukünftig mit dem Mangel an Büroräumen umgehen wird. Die interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Michelstadt sollte vorangetrieben werden.
Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Weyrauch übergibt den Vorsitz an Herrn Stadtverordnetenvorsteher Duarte.

Fraktionsvorsitzende Weyrauch plädiert für eine Besprechung der Thematik in der kommunalen Arbeitsgruppe Erbach-Michelstadt. Synergieeffekte sollen hergestellt werden.

Bürgermeister Dr. Traub erklärt, dass die Raumnot akut ist. Diese Not gilt es zu lösen.

Fraktionsvorsitzender Wagner (Fraktion für Stadtentwicklung) stellt zwei Anträge zur Geschäftsordnung.

- 1) Die Sitzung soll zur fraktionsinternen Absprache unterbrochen werden.
- 2) Nach der Sitzungsunterbrechung soll umgehend zur Abstimmung übergegangen werden.

Über den 1. Antrag wird abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt. Somit ist eine Abstimmung über den zweiten Antrag hinfällig.

Anschließend lässt Stadtverordnetenvorsteher Duarte über den SPD-Fraktionsantrag abstimmen.

Abstimmung:

11 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

12. 1	Nutzung des Erbacher Vereinshauses durch die Stadtverwaltung	VL-3/2023 1. Ergänzung
------------------	---	-----------------------------------

Beschluss:

Zur Deckung ihres wachsenden Raumbedarfs kann die Erbacher Stadtverwaltung ab dem Jahr 2023 Abteilungen in das Erbacher Vereinshaus verlagern. Für die im Vereinshaus noch verbliebenen Vereine sind alternative Treffpunktmöglichkeiten zu schaffen bzw. zusammen mit den betreffenden Vereinen räumliche Zusammenlegungen innerhalb des Hauses zu organisieren.

Abstimmung:

12 Ja-Stimme(n), 11 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

13.	Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN Installation von Bewegungsmeldern im Parkdeck am Lustgarten	FA-11/2021 1. Ergänzung
------------	--	------------------------------------

Fraktionsvorsitzende Weyrauch (B90 / Grüne) erläutert den ursprünglichen Fraktionsantrag.

Ausschussvorsitzender Trumpfheller (CDU) berichtet aus der Beratung im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr.

Nach Aussprache wurde über nachfolgend geänderten Antragstext abgestimmt:

Der Magistrat wird beauftragt, Lösungsvorschläge unter Beachtung der Belange von Sicherheit und Energieeinsparung zur Beleuchtung des unteren Parkdecks am Lustgarten zu erarbeiten.

Dieser Beschlussempfehlung wurde im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr einstimmig gefolgt.

Abstimmung:

21 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

14.	Fraktionsantrag BÜNDNIS 90 / GRÜNE PV-Anlage auf Parkplatz; Neue Lustgartenstraße	FA-10/2022
------------	--	-------------------

Fraktionsvorsitzende Weyrauch (B90 / Grüne) erläutert den Fraktionsantrag.

Sie weist darauf hin, dass es Ziel des Landes ist, bis 2045 klimaneutral zu sein.

Ausschussvorsitzender Trumpfheller berichtet aus der Beratung im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr.

Bürgermeister Dr. Traub unterstützt den Fraktionsantrag. Über eine Aufstockung des Parkdecks inklusive Installation von Photovoltaik werden derzeit regelmäßig Gespräche geführt.

Nach Aussprache wurde über nachfolgend geänderten Antragstext im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr abgestimmt:

Der Antrag zur Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Parkdeck wird an den Magistrat zur Erstellung eines Konzeptes bezüglich Gestaltung und Finanzierung unter Beachtung von Fördermitteln weitergegeben.

Diese Beschlussempfehlung wurde einstimmig befürwortet.

Beschluss:

Der Antrag zur Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Parkdeck wird an den Magistrat zur Erstellung eines Konzeptes bezüglich Gestaltung und Finanzierung unter Beachtung von Fördermitteln weitergegeben.

Abstimmung:

23 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

15. Anfragen und Mitteilungen
--

Fraktionsvorsitzender A. Wagner (Fraktion für Stadtentwicklung) erläutert, dass er eine schriftliche Anfrage an den Magistrat bzgl. Grundstücks – und Wohnhäuserbestand einreicht. Diese Anfrage wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtverordnete Gebhardt (B90 / Grüne) erinnert an ihre Anfrage zum Bericht des Datenschutzbeauftragten.

Mitteilung bei Niederschrift: Der Datenschutzbeauftragte berichtet einmal jährlich zum Ende des zweiten Quartals.

Der Bericht wird automatisch an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sowie die Mitglieder des Magistrats weitergeleitet.

Weiter fragt Frau Gebhardt die zukünftige Datensicherung der Verwaltung an und verweist nochmal auf den Hackerangriff im Sommer 2022.

Bürgermeister Dr. Traub informiert, dass die Stadt gut aufgestellt ist.

António Marques Duarte
Stadtverordnetenvorsteher

Dennis Weyrich
Schriftführer

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher!

Liebe Stadtverordnete!

In diesem Jahr erfolgt die Einbringung des Haushalts in vielen Kommunen bewusst etwas später. Das liegt nicht zuletzt daran, dass relevante Rahmendaten, die außerhalb unseres Zuständigkeitsbereiches liegen, ebenfalls später als üblich eintrafen, und es vor allem noch nicht feststeht, wie denn der Kreishaushalt und damit die Kreis- und Schulumlage für uns aussehen werden. Bei Letzteren planen wir mit einem vermutlich realistischen Anstieg von derzeit 53,15% auf 58,00%, was in absoluten Zahlen für uns eine zusätzliche Belastung von rd. € 1.441.000.- bedeutet.

Unsere Gesamtauszahlungen an den Kreis in einer Höhe von rd. € 14.882.000 sind darüber hinaus aber auch deshalb angestiegen, weil wir mit rd. € 7,8 Millionen in 2022 eine Rekordeinnahme auf dem Feld der Gewerbesteuer erzielen konnten. Auch wenn hier Einmaleffekte dabei sind, und die Summe zu rd. 30% den Veranlagungsjahren 2021 und älter zuzurechnen ist, freuen wir uns über dieses gute Ergebnis.

Zu den weiteren Planzahlen in der Grobübersicht:

Bei erwarteten ordentlichen Erträgen in Höhe von € 38.947.315 – das sind rd. € 2,6 Millionen mehr als in 2022 – und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von € 40.602.315 – das sind rd. € 3,2 Millionen mehr als im Vorjahr – sowie außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von € 200.000.- weist unser Haushaltsentwurf im Ergebnishaushalt einen Fehlbedarf von € 1.855.000.- auf. Im Finanzhaushalt erwarten wir ein saldiertes Minus in Höhe von € 1.891.999.

Unser Haushalt ist dennoch ausgeglichen, da wir zum 31.12.2022 über Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von rd. € 2,5 Millionen und über eine ungebundene Liquidität von rd. € 4,2 Millionen verfügen. Unsere wesentlichen Gemeindesteuern, die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer,

planen wir daher in 2023 unverändert bei 400, 530 und 400 Prozentpunkten zu belassen.

Investitionen planen wir in Höhe von insgesamt rd. € 4.368.350. Davon entfallen – um einige größere Blöcke herauszugreifen – rd. € 1 Million auf den Brandschutz, rd. € 780.000.– auf den Bereich unserer Kindertagesstätten, € 360.000.– auf den Katastrophenschutz und ebenfalls rd. € 360.000.– auf den Gigabitausbau.

Um die geplanten Investitionen stemmen zu können, ist eine Kreditermächtigung in Höhe von € 3.634.540 erforderlich.

Um jederzeit flüssig zu sein, planen wir zur Sicherheit, analog zu den Vorjahren, mit einem Höchstbetrag der Liquiditätskredite in Höhe von € 4 Millionen. Im vergangenen Jahr 2022 mussten wir keine Liquiditätskredite in Anspruch nehmen; die Zahlungsfähigkeit unserer Kasse war zu jeder Zeit aus vorhandenen Finanzmitteln gesichert.

Zu einigen detaillierteren Angaben in den Bereichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Personalaufwendungen

Unser Stellenplan für 2023 weist gegenüber 2022 einen Aufwuchs von 11 Stellen auf – 7,23 Stellen im Bereich unserer Kindertagesstätten und insgesamt 3,73 Stellen in den übrigen Bereichen.

Nicht alle zusätzlichen Stellen haben wir bereits mit einem Kostenansatz versehen; wir dokumentieren mit der Ausweisung aber den tatsächlich vorhandenen Bedarf. Im Einzelnen benötigen wir eine zusätzliche halbe Stelle im Bereich Personalwesen, einen zusätzlichen Maurer in unserem Bauhof sowie eine zusätzliche halbe Stelle bei der Erbacher Stadtpolizei. Letztere ist notwendig geworden, da durch die Umsiedlung der Straßenverkehrsbehörde vom Stadtbauamt in das Ordnungsamt, eine Kollegin dem klassischen Aufgabenbereich der Stadtpolizei weitgehend entzogen wurde.

Desweiteren sollten wir die halbe Stelle im Bereich Bücherei auf eine ganze Stelle aufstocken, sonst werden wir mit unserem ambitionierten Plan der Schaffung einer attraktiven Bildungslandschaft in der Werner-Borchers-Halle, die vom Grundsatz her von diesem Haus ja bereits beschlossen wurde, nicht vorankommen. Schließlich ist abzusehen, dass wir ab 2024 unsere halbe Stelle für den Wiesenmarkt und die Schlossweihnacht auf eine Ganze werden aufstocken müssen.

Die Erläuterungen zum dringend benötigten zusätzlichen Bedarf von 7,23 Stellen im Bereich unserer Kindertagesstätten entnehmen Sie bitte u.a. den Erläuterungen im Vorbericht.

Bezüglich der Kosten werden wir im Personalbereich gegenüber 2022 rd. eine Million mehr aufwenden müssen - wobei wir, was die Tarifabschlüsse anbelangt, mit einer 2%igen Steigerung noch sehr zurückhaltend geplant haben. Vielleicht auch zu zurückhaltend, was eine weitere Steigerung der Personalausgaben bedeuten würde. 1 Million mehr - das ist eine stolze Summe! Mit einem Anteil von rd. € 560.000.- resultiert sie im Wesentlichen aus dem Bereich unserer Kindertagesstätten. Im Bereich der übrigen größeren Aufwandssteigerungen - wie zum Beispiel im Bereich des Standesamtes (plus € 160.000.-) oder bei der Wasserversorgung (plus € 117.000.-), die durch Umstrukturierungen in der Darstellung resultieren, erwarten wir Erstattung in gleicher Höhe von der Stadt Michelstadt und der AöR Wasser.

Sach- und Dienstleistungen

Mit einem Gesamtaufwendungsansatz von rd. € 7.316.000.- gegenüber € 7.031.000.- in 2022 haben wir für 2023 sehr zurückhaltend geplant. Angesichts drastisch gestiegener Energiekosten in einer Höhe von über € 350.000.- und einer nach wie vor hohen Inflationsrate haben wir es in diesem großen Bereich de facto mit einer Kürzung zu tun, das heißt mit einer reduzierten Leistungsplanung.

Reduzierungen haben wir in zahlreichen Einzelbudgets vorgenommen; Sie finden die entsprechenden Darstellungen in einem aggregierten Überblick im Vorbericht. Zumeist überschaubare Steigerungen gibt es zum Beispiel in den Budgets „Statistik und Wahlen“ – wir haben in diesem Jahr ja noch Landtagswahlen –, „Brandschutz“ – die zusätzlichen Mitteln fließen hier vor allem in den Bereich des vorbeugenden Katastrophenschutzes –, „Heimat- und sonstige Kulturpflege“ – hier haben wir im Teilbereich Städtepartnerschaften im September dieses Jahres ja noch einiges vor –, sowie in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit und schließlich nachholend im Bereich Tourismus – hier blieb in den vergangenen zwei Jahren Coronabedingt und aufgrund fehlender Stellenbesetzungen in der Abteilung Stadtleben ja einiges auf der Strecke.

Zur mittelfristigen Finanzplanung (2024–26):

Auch wenn die Haushaltssituation im abgelaufenen Jahr 2022 sich besser als zunächst erwartet darstellt, und selbst wenn wir für 2023 mit einem hoffentlich passablen Verlauf des Haushaltsjahres rechnen dürfen, so sieht die Situation – Stand heute – ab dem Jahr 2024 doch deutlich ernster aus.

In der Absicht keine Steuererhöhungen vorzunehmen, wird sich unser geplanter Finanzmittelbestand zum 31.12.2023 nur noch auf rd. € 1,4 Millionen belaufen. Bei einer knapp kalkulierten Fortschreibung unserer jährlichen Personalaufwendungen in Höhe von 2% werden wir demnach unsere Ausgaben im Bereich der Sach- und Dienstleistungen – Stand heute – von jetzt rd. € 7,3 Millionen im Planjahr 2024 deutlich reduzieren müssen. Unter Berücksichtigung von weiterhin hohen Inflationsraten wird hier der Spielraum zum Erreichen unserer kommunalpolitischen Zielvorstellungen also spürbar eingeschränkt sein.

Schlussbemerkung zum Haushaltsentwurf 2023:

Insgesamt handelt es sich um einen Haushaltsentwurf, der mit viel Augenmaß das Notwendige und uns Weiterbringende in Angriff nimmt und gleichzeitig die vor uns liegenden und vermutlich deutlich schwierigeren Haushaltsjahre 2024–26 bereits im Blick hat.

Ich bedanke mich für die sehr konstruktiven Diskussionen und die Kürzungsbereitschaft in unseren Fachabteilungen. Ich bedanke mich für die kollegial-sachorientierten Diskussionen im Magistrat, und ich bedanke mich für die jederzeit sachkundige, transparent-strukturierte Art und Weise, mit der uns Uli Horn, der Leiter unserer Finanzabteilung, durch die zuweilen komplexen Sachverhalte geführt hat.

Ich würde mich freuen, wenn diese sachorientierte Vorgehensweise in den nun folgenden Debatten in unseren Ausschüssen und im Parlament ihre Fortsetzung findet, und wenn der hier vorgelegte Haushaltsentwurf bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 02. März von Ihnen mehrheitlich verabschiedet werden kann.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



an Stadt Erbach

2.2.2023

Afrage zum Grundstücks- und Wohnhäuserbestand in Erbach
der Fraktion für Stadtentwicklung, Einbindung zugewanderter Aussiedler
und kommunalen Austausch mit Kasachstan und Argentinien

Anmerkung: Die Anfrage dient dazu, die Entwicklung des Wohnraum-Angebots in Erbach für die nächsten Jahre abzuschätzen.

Wieviele bis jetzt unbebaute private Bau-Grundstücke gibt es in jeweiligen Stadtteilen von Erbach mit jeweils Gesamtfläche dieser Grundstücke pro Stadtteil?

Wie viele Baugrundstücke mit welcher (circa) Wohnfläche befinden sich zur Zeit im Bau / in Planung / in Genehmigungsverfahren nach Stadtteilen?

Wieviele im Stadeigentum befindlichen Bau-Grundstücke wurden seit 2010 pro Jahr

- a) von der Stadt selbst ohne Provision
 - b) durch Vermittler mit Provision
- angeboten und verkauft?

Wieviele bis jetzt unbebaute Bau-Grundstücke befinden sich zur Zeit im Eigentum der Stadt mit Fläche pro Stadtteil?

Wieviele Landwirtschafts-Grundstücke befinden sich zur Zeit im Eigentum der Stadt mit Fläche pro Stadtteil?

Wieviele Wohnhäuser (Ein und Mehrfamilienhäuser, nicht unter Denkmalschutz) in Erbach sind älter als 1984? Wieviel Prozent sind es von der gesamten Wohnhäuserzahl?

Vor dem Hintergrund der Einschränkungen zur Erwärmenutzung in Trinkwasserschutzgebieten im Zusammenhang mit nach den neuen EU-Richtlinien geforderten Heizungsumstellungen auf nicht fossile Energieträger - wieviele Wohnhäuser älter als 1984 befinden sich in Erbach in Trinkwasserschutzgebieten?

(Hintergrund dieser Frage ist, dass normale Luftwärmepumpen in älteren Häusern wenig nutzen, so dass betroffenen Häusern oft nur Erdwärme als neuer Energieträger verbleibt, was aber durch Trinkwasserschutzgebiete wiederum mit Einschränkungen verbunden ist)

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Wagner, Fraktionsvorsitzender